

Ich möchte versuchen, die Arbeit der Bürgerinitiative Sophienhütte am Harz seit ihrer Gründung zusammenzufassen.

Wenn ich im Folgenden von „wir“ spreche, dann meine ich Herrn Bremer, der unermüdlich im Einsatz ist, einige von uns, die versuchen ihm zuzuarbeiten, aber natürlich vor allem jeden einzelnen, der die Bürgerinitiative durch Hinweise, Mitarbeit, Ratschläge oder seine Unterschrift unterstützt. „Wir“ sind inzwischen rund 3000 Bürger, die sich aus verschiedenen Gründen gegen eine Abfallverbrennung in Langelsheim einsetzen.

1) Unmittelbar nach Gründung der Bürgerinitiative im Spätsommer 2007 begannen wir, Informationen zu sammeln:

- Im Internet und in der Fachpresse --- was ist ein Ersatzbrennstoff-Kraftwerk überhaupt?
- 
- Beim Gewerbeaufsichtsamt in Braunschweig --- dort bekamen wir die Auskunft, dass die Genehmigung von EBS Kraftwerken nach den gleichen Kriterien wie von Müllverbrennungsanlagen erfolgt.
- 
- Beim Gesundheitsamt in Goslar --- der Leiter der Umweltabteilung teilte uns mit, im März 2007 haben Vorgespräche mit der Stadt Langelsheim und dem Planungsbüro stattgefunden, bei denen auf die bereits sehr hohe Luft- und Bodenbelastung in Langelsheim hingewiesen wurde.
- 
- Beim Immobilienverband Deutschland --- über den zu erwartenden Wertverlust bei Immobilien
- 
- Über eine Prognos Studie aus dem Jahr 2007, die voraussagt, dass die geplanten Brennstoffe bereits in naher Zukunft knapp werden.

Alle Informationen wurden auf einer Internetseite zusammengefasst.

Spontan sind Unterschriftenlisten an verschiedenen Stellen ausgelegt worden mit dem fantastischen Ergebnis von 3000 Stimmen, die sich gegen den Bau eines Kraftwerkes in Langelsheim aussprachen.

Diese Aktion läuft weiter und zieht immer größere Kreise.

2) Wir kontaktierten:

- Die Goslarsche Zeitung --- die unsere Arbeit seit unserer Gründung mit objektiver und sachlicher Berichterstattung begleitet.

- Die Firmen Heubach, PPM und Chemetall, die als Abnehmer der von dem Kraftwerk produzierten Energie genannt wurden --- Bis heute hat keiner der Betriebe die Bereitschaft geäußert, diese Energie definitiv abzunehmen.
- Die Harzwasserwerke --- die nur über den geplanten Bau, nicht aber über Details informiert worden sind
- Die Unesco Kommission Weltkulturerbe --- man ermutigt uns, die Sache weiterzuverfolgen und bittet Herrn Binnewies um eine Stellungnahme. Dieser möchte das Projekt aus Sicht der Stadt Goslar aber nicht bewerten.
- Die Tourismusverbände Dehoga, HVV und Goslar Marketing unter Herrn Bitter --- leider wird keine Position bezogen.
- Herrn Tessner --- auch von ihm bekamen wir keine Stellungnahme.
- Die Firma Harzer Kristallbrunnen --- es wird großes Interesse an unserer Arbeit geäußert, da bis dato noch keinerlei Informationen über das Projekt von Seiten der Stadt weitergereicht wurden.
- Verschiedene Umweltverbände und Bürgerinitiativen sowie den naturwissenschaftlichen Verein Goslar.
- Die Stadt Lüneburg --- dort wurde im Juli 2007 ein vergleichbares Ersatzbrennstoff-Kraftwerk aufgrund zu großer Belastung für Umwelt und Bewohner abgelehnt.
- Betroffene Anwohner, die seit langen Jahren mit ihren Betrieben in Langelsheim ansässig sind und Arbeitsplätze vor Ort geschaffen haben. Viele von ihnen wären beim Bau des Kraftwerkes in Ihrer Existenz bedroht --- wir treffen auf Zustimmung und Unterstützung.

### 3) Wir führten Gespräche:

- Mit Herrn Rudolf Götz von der CDU, der in Langelsheim aufgewachsen ist --- er zeigte großes Verständnis für unsere Einwände.
- Mit Frau Petra Emmerich-Kopatsch von der SPD --- sie verfügt über ein hohes Maß an Sachkenntnis und half uns mit konstruktiven Ratschlägen weiter.

- Mit Frau Dorothee Prüssner von der CDU --- die uns freundlich empfing und Interesse an unserer Arbeit zeigte.
- Mit Herrn Burkhard Siebert von der SPD --- der über die große Zahl an Unterschriften erstaunt war und sein Verständnis zum Ausdruck brachte.
- Mit Herrn Stefan Wenzel, dem Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 Die Grünen im hannoverschen Landtag --- von ihm erhielten wir das Angebot, unsere Arbeit zu unterstützen.

An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass das Wissen über das geplante Kraftwerk bei allen Gesprächspartnern nicht sehr groß war. Also werden wir in Zukunft auch über die Grenzen von Langelsheim hinaus über das Projekt informieren.

Die überregionale Presse zeigte bereits Interesse an der Sache.

Wir sind der Meinung, die Auswirkungen des Projekts reichen bei dessen Größe weit über die Stadt hinaus. Jeder Langelsheimer weiß vom Zusammenhang zwischen Windrichtung und Schadstoff-Belastung.

Weitere Gespräche führten wir:

- Mit der CDU und der SPD Fraktion des Ortsrats Langelsheim --- Man hörte sich unsere Einwände an und versprach, sie ernst zunehmen, riet aber gleichzeitig zum Abwarten des Genehmigungsverfahrens. Wie in der Goslarschen Zeitung geschrieben: „Kommt Zeit, kommt Rat!!!“

Im Herbst kam die Fa Conergy, der Investor des Kraftwerkes, in finanzielle Schwierigkeiten und zog sich aus dem Projekt zurück. Die Hoffnung auf die Einstellung der Planung erfüllte sich jedoch nicht.

Im Gegenteil - auf der öffentlichen Ratssitzung am 20. Dezember wurde einstimmig (bis auf eine Stimmenthaltung) die Fortsetzung des Bauvorhabens beschlossen.

Wir mussten unseren Informationsstand erweitern:

- Die GWE in Osterode gründete zusammen mit der Antan Immobilien Holding in Frankfurt innerhalb kürzester Zeit die Maxxcon GmbH. Diese will als neuer Investor nun das Kraftwerk in Eigenregie bauen.
- Eventuell sollen noch die Stadtwerke Leipzig oder Paderborn beteiligt sein.
- Die von Herrn Schrader als „verlässliche Investoren und seriöse Betreiber“ bezeichneten Firmen sind bisher nicht durch Bauvorhaben in ähnlicher Form bekannt.
- Beim Regional Zweckverband Braunschweig wurden wir auf das

für uns zuständige Gewerbeaufsichtsamt verwiesen.

Außerdem suchten wir Kontakt zu einem großen Energieversorger. Dort wurden wir umfassend über die Möglichkeiten der Vermarktung des bei Abfallverbrennung entstehenden Stroms aufgeklärt.

Die BKB, eine Eon Tochter, die ähnliche Kraftwerke baut und betreibt, bot uns Betriebsbesichtigungen und fachliche Beratung an.

Die Ortsrats-Fraktion der CDU besichtigte ein Kraftwerk in Amsdorf, das zwar nicht vergleichbar mit dem geplanten Werk in Langelsheim ist, aber man zeigte sich doch beeindruckt von der Größe des Werkes und der Höhe des Schornsteines.

Die SPD-Fraktion besuchte eine Anlage in Stavenhagen. Diese war unter einem völlig anderen Konzept gebaut worden und kann somit auch nicht mit dem Kraftwerk in Langelsheim verglichen werden.

Peter Hoffmeyer, Chef der Stavenhagener Anlage, sagt eine Brennstoffknappheit in 6-8 Jahren voraus.

Ludger Rethmann, Chef der Fa Remondis, spricht sogar nur von 2-3 Jahren.

Wir sind weiterhin damit beschäftigt, sachliche und fachlich fundierte Argumente zusammenzutragen, wie es von Seiten des Ortsrates gefordert wurde.

Erinnern wir uns doch einmal daran, dass Herr Schrader bei der Vorstellung des Projektes sinngemäß äußerte: „Wenn die Zustimmung der Bevölkerung nicht da ist, nehmen wir Abstand von dem Bauvorhaben“.

Auf meine Frage, wie viele Unterschriften wir brauchen, um ihn davon zu überzeugen, das genau dies der Fall ist, erhielt ich die Antwort: „Ich halte eine Menge aus“. Auf die genaue Zahl warte ich noch.

Um ein Schlusswort für diese Zusammenfassung zu finden, habe ich die Worte Demokratie und Politik im Duden nachgeschlagen. Demokratie wird dort übersetzt mit Volksherrschaft, das heißt, der Wille des Volkes wird durch vom Volk gewählte Vertreter umgesetzt. Politik wird übersetzt mit Führung und Erhaltung eines Gemeinwesens.

Doch was verstehen Mitglieder des Langelsheimer Ortsrates darunter?